

Thema der Woche

Mehr Wähler interessieren sich für Europa - Mehrheitsverhältnisse verschieben sich
Europäische Parteien und ihre Wirtschaftsfreundlichkeit

Neues aus den Verbänden

EUROCHAMBRES sieht im Wahlergebnis Chance für positive Veränderungen
SMEunited: Ergebnisse sind Aufruf zum Handeln

In Kürze

WTO: Plurilaterale Initiative zur Services Domestic Regulation

Neues aus dem Rat

Staats- und Regierungschefs leiten Nominierungsverfahren für EU-Spitzenposten ein

Handelsministerrat bekräftigt ambitionierten Ansatz im globalen Handel -
Rahmenbedingungen für Erfolg unserer Unternehmen wichtig

Rat fordert umfassende Strategie für Industriepolitik und Maßnahmen für
wettbewerbsorientierten Binnenmarkt und Tourismussektor in der EU

Neues aus anderen Bereichen

Small Business Standards Conference zeigt Beitrag von KMU und Normung für
nachhaltiges Wachstum

Veranstaltungen

The looming talent challenge - how can automotive regions take the lead?

Jobs+Jobs+Jobs

EU-Büro der WKÖ in Brüssel sucht eine Assistentin / einen Assistenten

EuroCommerce sucht Head Digital and Consumer Policy

ECHA sucht Contract Agent - Project and Service Management Officer

EU-Agenda

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

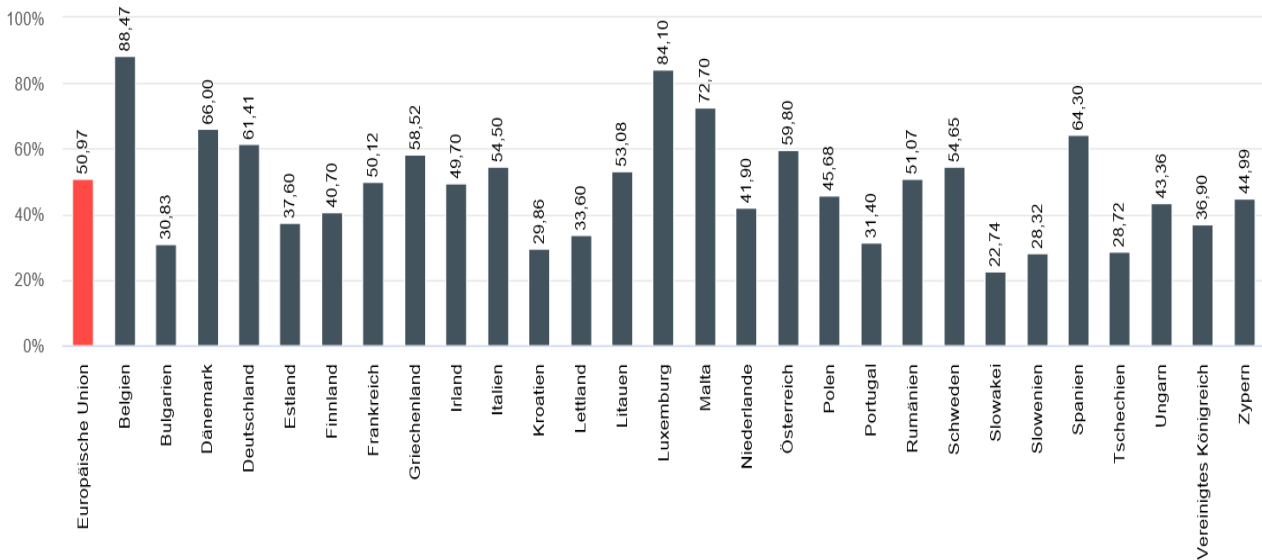
Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Mehr Wähler interessieren sich für Europa - Mehrheitsverhältnisse verschieben sich

Die **Europawahlen** sind geschlagen. Ein Erfolg ist dabei jedenfalls quer durch alle Lager zu verzeichnen: Die zahlreichen Kampagnen, mehr Wähler zu mobilisieren, haben Früchte getragen: **Die Wahlbeteiligung ist von 42,61 Prozent bei den letzten Europawahlen auf 50,82 Prozent deutlich gestiegen. Österreich lag mit 60 Prozent über dem Durchschnitt.**

Wahlbeteiligung nach Land

Vorläufige Ergebnisse (Hochrechnung)



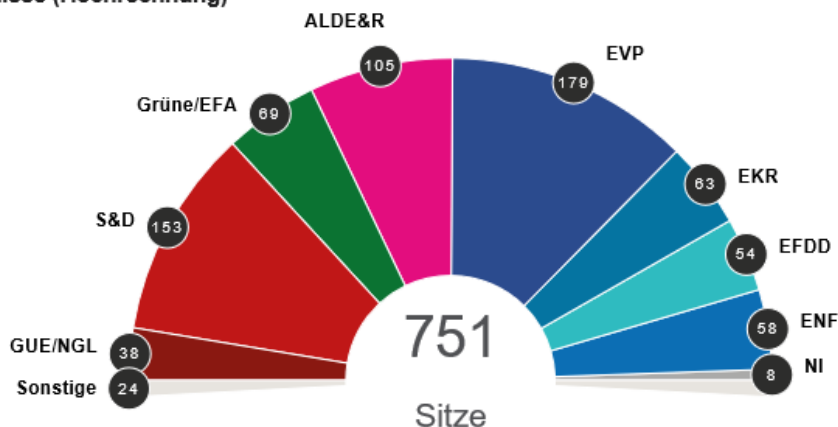
© Europäisches Parlament

Inhaltsverzeichnis

Die Europäische Volkspartei bleibt trotz Verlusten die größte Fraktion im EU-Parlament: Sie kommt laut vorläufigem Wahlergebnis auf 179 Sitze (213 Sitze bisher). Die Sozialdemokraten (S&D) erreichen 153 Sitze, und damit auch deutlich weniger als 2014 (190 Sitze). Auf Platz drei liegen die Liberalen (ALDE&R) mit 105 Sitzen (64 Sitze). Danach folgen die Grünen mit 69 (52) und die Europäischen Konservativen mit 63 Mandaten (46).

Europäisches Parlament 2019–2024

Vorläufige Ergebnisse (Hochrechnung)



© Europäisches Parlament, Stand: 29. Mai, 12:53

Aufgrund der Mandatsverluste von EVP und S&D geht sich eine große Koalition nicht mehr aus: Erstmals seit 40 Jahren erreichen EVP und S&D zusammen keine absolute Mehrheit mehr. Sie kommen zusammen auf 332 Mandate, 376 wären dafür notwendig. Deutliche Gewinne erzielten die Liberalen mit +41 Mandaten. Sie sind damit die drittstärkste Partei im künftigen Europaparlament. Zu den Gewinnern des Wahlabends zählen auch die Europäischen Grünen mit +17 Mandaten. Neben den pro-europäischen finden sich aber auch die europakritischen Fraktionen ENF mit +21 Mandaten und EFDD mit +13 Mandaten auf der Gewinnerseite wieder. Zusammen kommen die europakritischen Parteien auf 171 Mandate

In Österreich gewann die Volkspartei die Wahl und erzielte ihr bestes Ergebnis bei einer EU-Wahl: Die Österreichische Volkspartei erzielte 34,9 Prozent, dahinter folgt mit 23,4 Prozent die Sozialdemokratische Partei, die Freiheitliche Partei mit 17,2 Prozent, die Grünen mit 14 Prozent, die NEOS mit 8,7 Prozent sowie JETZT mit 1,1 Prozent. Aus diesem Ergebnis ergibt sich folgende Mandatsverteilung:

- ÖVP 7 Mandate (+2)
- SPÖ 5 Mandate (+/-0)
- FPÖ 3 Mandate (-1)
- GRÜNE 2 Mandate (-1)
- NEOS 1 Mandat (+/-0)

Sobald die Briten aus der EU austreten, stünde Österreich ein weiteres Mandat zu, also insgesamt 19 Mandate. Dieses würden voraussichtlich die Grünen erhalten.

Die Verschiebung der Mehrheiten im EU-Parlament wird die Mehrheitsfindung in der nächsten EU-Legislaturperiode erschweren und damit voraussichtlich die Entscheidungsprozesse verlangsamen. Es ist davon auszugehen, dass häufig ad hoc Koalitionen zu einzelnen Sachfragen gesucht werden.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Europäische Parteien und ihre Wirtschaftsfreundlichkeit

Folgende Aufstellung soll eine Übersicht bieten, welche Parteien sich mit Thematiken auseinandersetzen, die für die Österreichische Wirtschaft in der nächsten Legislaturperiode prioritär sind und welche Fraktionen dabei einen ähnlichen Ansatz wie die Wirtschaftskammer Österreich verfolgen. Nicht bei allen Forderungen kann klar definiert werden, ob die Parteien auf einer Linie mit den Forderungen der Österreichischen Wirtschaft stehen, da die Parteiprogramme zum Teil unkonkret bleiben.

JA= Partei thematisiert diese Forderungen in ihrem Manifesto.
Im Wesentlichen scheinen die Ambitionen ähnlich jener der WKÖ zu sein - im Detail könnte es unterschiedliche Ansichten geben.
Im Wesentlichen scheint die Position nicht mit der WKÖ Position übereinzustimmen.
Ausführungen nicht spezifiziert genug, um genaue Richtung zu erkennen.

Von der ENF (Europa der Nationen und der Freiheit; AT Mitglied = FPÖ) gab es kein Manifesto.

Auch von der EFDD (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie) gab es kein Manifesto. Aufgrund ihrer allgemeinen Einstellung kann angenommen werden, dass sie den Bürokratieabbau unterstützt, jedoch nicht das Pariser Klimaabkommen.

EU-Partei	EPP (Europäische Volkspartei)	S&D (Sozialdemokraten)	ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten)	Greens	ECR (Europäische Konservative und Reformier)	GUE (Vereinte Linke/Nordische Grüne)
AT Mitglied	ÖVP	SPÖ	NEOS	Grünen	—	KPÖ
Unternehmertum und Industriepolitik						
Wettbewerbs-Checks von allen neuen europäischen politischen Initiativen					JA	
Bestehende Bürokratie abbauen (REFIT)	JA		JA	JA	JA	JA
Öffentliche Big Data für Unternehmen nutzbar machen und darauf basierend Innovation generieren						
Handels- und Investitionsschutzabkommen sowie Globalisierung von EU-Standards forcieren	JA	JA	JA		JA	JA (Sehen EU-Standards als Bedingung für ein Freihandelsabkommen)
Wettbewerbsrecht fit für Globalisierung und Digitalisierung machen	JA		JA			
Subsidiarität und Augenmaß im Verbraucherschutzrecht sichern und Think small first-Prinzip einhalten		JA				
Integration qualifizierter Fachkräfte durch gemeinsame europäische Migrationspolitik ermöglichen		JA	JA	JA	JA	
Binnenmarkt						

Binnenmarkt-Hindernisse durch europäische Vorabprüfungen neuer nationaler Dienstleistungsvorschriften vermeiden						
Wirksames und leicht zugängliches System des innereuropäischen Investitionsschutzes gewährleisten						
Rasche Durchsetzung von Regeln durch Schnell-Vorwegprüfungsverfahren sichern						
Transeuropäische Verkehrsnetze bedarfsgerecht ausbauen und fairen Wettbewerb durch harmonisierte verkehrsrechtliche Rahmenbedingungen ermöglichen	JA		JA	JA	JA	
Wettbewerbsfähige, nachhaltige und multimodale Mobilität im Personen- und Güterverkehr forcieren	JA		JA	JA	JA	
Anzeige-, Melde- und Nachweispflichten durch europaweite elektronische Dienstleistungsanmeldungen reduzieren, verbunden mit Kontrollabfragemöglichkeit betreffend Anmeldung bei Sozialversicherung und Steuer						
Innovation & Digitalisierung						
Horizon Europe mit mindestens 120 Mrd. Euro dotieren, davon 60 % für globale Wettbewerbsfähigkeit						
Wertschöpfungsketten der europäischen Wirtschaft durch innovative Impulse - vor allem im Bereich der Schlüsseltechnologien (wie KI)- stärken	JA	JA	JA	JA	JA	
Rahmenbedingungen (z.B. Risikokapital) für innovative Unternehmen gezielt verbessern	JA		JA			
Ausbau einer hochleistungsfähigen Breitbandinfrastruktur beschleunigen	JA					
Europäische Blockchain-Service-Infrastruktur (EBSI) mit globalem Anspruch incl. standardisierter Schnittstellen schaffen			JA			

KMU offensiv in europäische Innovationsaktivitäten, FTI-Netzwerke und Partnerschaften einbinden			JA			
Nachhaltigkeit						
Investitionsstandort Europa auch durch Umweltpolitik- u.a. durch kompetitive Energiepreise und hohe Versorgungssicherheit-stärken	JA		JA			
Konsequent für Klimaschutz und Dekarbonisierung auf globaler Ebene eintreten, CO2-Preisbildung im EU-Emissionshandelsystem auf internationaler Ebene sichern	JA	JA	JA	JA	JA	JA
Abfall-, Chemikalien- und Naturschutzrecht modernisieren.		JA		JA		
Erneuerbare Energie unter Berücksichtigung von Kosteneffizienz, Systemunterstützung und Marktintegration ausbauen	JA	JA	JA	JA		JA (Wirtschaftlichkeit nicht im Vordergrund)
Europäische Industrien und Nachhaltigkeitsfragen unterstützen statt Europa verdrängen		JA	JA	JA	JA	Ja
Energiemärkte innerhalb der EU öffnen und integrieren	JA (Energieunion)		JA (Energieunion)			JA

Ansprechpartnerin: Katja Schager

Inhaltsverzeichnis

Neues aus den Verbänden

EUROCHAMBRES sieht im Wahlergebnis Chance für positive Veränderungen

„Wir freuen uns über die gestiegene Wahlbeteiligung. Die Kammern in der gesamten EU haben in den letzten Monaten hart dafür gekämpft, die Bedeutung dieser Wahlen zu fördern und die Bürger zum Wählen zu ermutigen. Wir sind stolz darauf, mitgeholfen zu haben, mehr Wähler zu mobilisieren. Das stimmt mich **optimistisch für die neue Amtszeit und die Zukunft Europas**“, betonte EUROCHAMBRES-Präsident Christoph Leitl.

Zahlreiche Kampagnen und Initiativen haben in den vergangenen Monaten dazu aufgerufen, zu den Europawahlen zu gehen: Auch EUROCHAMBRES hat mit der [#Chambers4EU](#)-Kampagne alles daran gesetzt, **Mitgliedsverbände und Unternehmen über die anstehenden Wahlen zu informieren und zum Wählen zu motivieren.**

„Wir leben in einer Zeit beispielloser Veränderungen, sowohl im Maßstab als auch im Tempo. Die öffentliche Ordnung muss ein Akteur des Wandels sein, kein Hindernis. Unsere Herausforderung besteht darin, mit dem neuen Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass sich Europa zum Besseren wandelt. **Neue Allianzen müssen auf einer konstruktiven Haltung gegenüber der EU aufbauen: Wir müssen gemeinsam vorankommen, nicht getrennt zurück!**“, betonte Leitl. „Politiker schaffen keine Arbeitsplätze und Möglichkeiten, Unternehmer tun dies. Die Politik muss aber den Rahmen dafür schaffen. Dies wird unsere Botschaft an die Europaabgeordneten in den kommenden Wochen sein.“

Ansprechpartnerin: [Franziska Annerl](#)

Inhaltsverzeichnis

SMEunited: Ergebnisse sind Aufruf zum Handeln

„Die Ergebnisse der Europawahl sind ein Aufruf zum Handeln“, **erklärte die Präsidentin von SMEunited Ulrike Rabmer-Koller.** Die Zunahme der Beteiligung zeige, dass Europa zähle: „Die aktuellen Herausforderungen, wie der bevorstehende Brexit und die globalen politischen Spannungen, haben die Menschen in Europa darauf aufmerksam gemacht, dass sie ein starkes Europa brauchen.“

Die **Europawahl-Informationskampagne** des europäischen KMU-Verbandes hat in den vergangenen Wochen aufgezeigt, warum KMU so wichtig für Europas Wirtschaft und Gesellschaft sind. Gleichzeitig wurde den KMU bewusstgemacht, warum Europa für sie so wichtig ist und warum sie für ein gemeinsames Europa stimmen sollten.

Rabmer-Koller fordert jetzt ein gemeinsames Programm und eine strategische Agenda, um Europa stärker, geschlossener und zukunftsorientierter zu machen. Dies bedeute insbesondere für KMU eine Politik, die es ihnen ermöglicht, zu investieren, ihre Innovationen umzusetzen und Arbeitsplätze zu schaffen: „Neue Perspektiven sind auch für die 24 Millionen KMU in Europa wichtig. Aus diesem Grund fordere ich eine neue ganzheitliche KMU-Strategie mit einem konkreten Aktionsplan, der in der neuen strategischen Agenda der EU Priorität haben sollte.“

Ansprechpartnerin: [Franziska Annerl](#)



In Kürze

WTO: Plurilaterale Initiative zur Services Domestic Regulation

Am Rande des OECD-Ministertreffens in Paris haben am 23. Mai **59 WTO-Mitglieder** bei einem von der EU und Australien gemeinsam veranstalteten Treffen unter dem Vorsitz von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström eine **gemeinsame Erklärung** abgegeben, um den Weg für ein erfolgreiches Ergebnis im Bereich **Services Domestic Regulation** bis zur nächsten WTO-Ministerkonferenz im Juni 2020 zu ebnen. Auf der **elften Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation** in Buenos Aires im Dezember 2017 hatte eine

Gruppe von WTO-Mitgliedern beschlossen, Verhandlungen in dieser Frage voranzutreiben. Seitdem fanden Gespräche statt. In ihrer gemeinsamen Erklärung würdigten die Mitglieder die bereits erzielten Fortschritte und verpflichteten sich zur Bearbeitung der noch offenen Fragen. Unter den 59 WTO-Mitgliedern befinden sich neben der EU unter anderem auch Brasilien, China, Japan und die Türkei, nicht jedoch die USA. Alle WTO-Mitglieder sind aber eingeladen, sich den Verhandlungen anzuschließen.



Neues aus dem Rat

Staats- und Regierungschefs leiten Nominierungsverfahren für EU-Spitzenposten ein

Nach den geschlagenen Europawahlen sind die EU-Staats- und Regierungschefs am Dienstagabend zu einem **informellen Gipfeltreffen** in Brüssel zusammengekommen. Dabei wurde das **Wahlergebnis erörtert** und das **Nominierungsverfahren für die Spitzenpositionen in den EU-Organen eingeleitet**. Läuft alles wie im **Nominierungsverfahren** geplant ab, werden der neue Präsident der Europäischen Kommission, der neue Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie der neue Präsident der Europäischen Zentralbank mit 1. November 2019 ihr Amt antreten. Der Ratspräsident folgt ihnen mit 1. Dezember 2019.

Der Gipfel ging - wie erwartet - ohne Entscheidungen zu Ende. Bis zum nächsten regulären Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs am 20./21. Juni in Brüssel soll jedoch eine Lösung für den nächsten EU-Kommissionspräsidenten stehen. Die meisten Fraktionen im Europaparlament fordern, dass wie im Jahr 2014 ein EU-weiter Spitzenkandidat der Parteien bei den Europawahlen nächster Kommissionschef wird. Die EU-Chefs halten sich bei der Nachfolge von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aber die Möglichkeit offen, nicht nur Spitzenkandidaten der Parteien vorzuschlagen. Um Kommissionschef zu werden, brauchen Kandidaten eine Mehrheit im Europaparlament und eine qualifizierte Mehrheit von mindestens 21 der 28 Länder mit mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung im Rat der Staats- und Regierungschefs.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Handelsministerrat bekräftigt ambitionierten Ansatz im globalen Handel - Rahmenbedingungen für Erfolg unserer Unternehmen wichtig

Am 27. Mai fand der **Rat** „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel) statt. Diskutiert wurden dabei unter anderem die derzeit laufenden Gespräche und Ideen betreffend eine **Reform der Welthandelsorganisation (WTO)**. Die Kommission hatte am 18. September 2018 ein **Konzeptpapier zur Modernisierung der WTO** und zur Anpassung der internationalen Handelsregeln an die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Weltwirtschaft vorgelegt. Das Konzeptpapier konzentriert sich vor allem auf drei Schlüsselbereiche: die Aktualisierung des WTO-Regelwerks, die Stärkung der Überwachungsrolle der WTO und die Überwindung der drohenden Blockade des WTO-Streitbeilegungssystems. Zudem hatte die Kommission am 26. November 2018 - zusammen mit anderen WTO-Mitgliedern - auch ein **Papier mit Vorschlägen zum WTO-Berufungsgremium veröffentlicht**. Im Rat herrscht Einigkeit, dass - gemeinsam mit anderen WTO-Mitgliedern - an einer Zwischenlösung gearbeitet werden soll, um den verbindlichen Charakter sowie das zweistufige Entscheidungsverfahren im WTO-Streitbeilegungsmechanismus beizubehalten.

Des Weiteren hat der Rat das **Verhandlungsmandat für die Teilnahme der Kommission an plurilateralen Verhandlungen betreffend den elektronischen Geschäftsverkehr (e-Commerce) im Rahmen der WTO angenommen**. Die Kommission hatte am 3. Mai ihren **Textvorschlag** zu künftigen globalen Regeln und Verpflichtungen für den elektronischen Geschäftsverkehr öffentlich gemacht. Am 25. Jänner hatten 76 Partner - darunter die EU sowie 48 weitere Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) - in einer **gemeinsamen Stellungnahme bekanntgegeben**, dass sie über die **Einführung globaler Regeln für den elektronischen Geschäftsverkehr verhandeln** und so die Chancen, aber auch die Herausforderungen, erörtern wollen. Durch die neu geschaffenen Regeln sollen die **notwendigen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erarbeitet** werden. Der EU-Textvorschlag wurde bereits, zusammen mit Vorschlägen anderer WTO-Mitglieder, von 13. bis 15. Mai in Genf erörtert.

Ein Gespräch fand auch zu den **Handelsbeziehungen der EU mit den USA** statt. Erst am 15. April hatte der Rat die **beiden Verhandlungsmandate der Kommission zum Handel mit den USA genehmigt**. Die Kommission hatte die entsprechenden **Vorschläge** am 18. Jänner veröffentlicht: ein Mandatsentwurf für die **Konformitätsbewertung** sowie einer für die **Abschaffung von Zöllen auf industriell-gewerbliche Waren**. Zudem tauschte man sich darüber aus, dass US-Präsident Trump die Entscheidung hinsichtlich möglicher Importbeschränkungen für Autos und Autoteile aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ um sechs Monate **verschoben** hat.

Schließlich wurde auch darüber informiert, dass die **Annahme und Unterzeichnung des Handels- sowie des Investitionsschutzabkommens der EU mit Vietnam für Ende Juni geplant** ist. Das Handelsabkommen der EU mit Vietnam ist das umfassendste, das die EU jemals mit einem Entwicklungsland abgeschlossen hat. Es beinhaltet neben der Liberalisierung des Handels mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen unter anderem auch Regelungen zum Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen, zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen, zum Schutz des geistigen Eigentums, zum Beschaffungswesen und zur nachhaltige Entwicklung. Durch das Abkommen werden fast über 99 Prozent aller Zölle zwischen der EU und Vietnam beseitigt.

Die WKÖ **unterstützt die ambitionierte Handelsagenda der EU** und in diesem Zusammenhang umfassende Abkommen mit Drittstaaten. Internationaler Handel und Investitionen sind eine wichtige Voraussetzung für Innovation, Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit, für Wachstum sowie für den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Als kleines Land ist Österreich auf den Handel mit anderen Ländern angewiesen. Zudem **bedarf es der notwendigen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** für österreichische und europäische Unternehmen, damit diese im Ausland erfolgreich sein können. Daher braucht es auch eine uneingeschränkt funktionsfähige WTO, die in Zeiten des verstärkten Protektionismus die Einhaltung von fairen Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel sichert.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Rat fordert umfassende Strategie für Industriepolitik und Maßnahmen für wettbewerbsorientierten Binnenmarkt und Tourismussektor in der EU

Der Rat für Wettbewerb verabschiedete am Montag Schlussfolgerungen für eine **umfassende, langfristige Industriepolitik-Strategie**, die **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Tourismussektors** und einen **ehrgeizigen Ansatz für einen wettbewerbsorientierten Binnenmarkt**.

Die Minister waren sich einig über die Notwendigkeit einer **starken industriellen Basis in der EU, die imstande ist, sich dem globalen Wettbewerb zu stellen, Chancen zu nutzen und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der digitalen Transformation und dem Übergang zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft zu bewältigen**. Sie bekräftigten die Forderung des Europäischen Rates an die Kommission,

bis Ende 2019 in enger Absprache mit den Mitgliedstaaten und Interessenvertretern eine umfassende, langfristige industriepolitische Strategie der EU vorzulegen.

Der Rat hat außerdem Schlussfolgerungen zur **Wettbewerbsfähigkeit des Tourismussektors als Motor für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt in der EU** angenommen. Mit diesen Schlussfolgerungen ersucht der Rat die Kommission, eine **eingehende Analyse von Entwicklungen und Trends mit Auswirkungen auf den Tourismussektor vorzunehmen und Tourismuspolitik mit einer Vision für 2030 zu verfolgen, um die weltweit führende Position der EU in diesem Sektor zu erhalten.**

Außerdem werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Zusammenarbeit und den Austausch von Best Practices zu verstärken und die Ergebnisse der Kommission bei der Gestaltung der nationalen Tourismuspolitik zu berücksichtigen.

Die Schlussfolgerungen zum Binnenmarkt sind die Antwort des Rates auf die jüngsten Forderungen des Europäischen Rates nach **einem integrierten, zukunftsorientierten Ansatz für den Binnenmarkt, durch den alle relevanten Politikbereiche miteinander verknüpft und die noch bestehenden ungerechtfertigten Hindernisse beseitigt werden.** Außerdem soll damit die Entstehung neuer Hemmnisse, insbesondere im Bereich der Dienstleistungsfreiheit und der Digitalisierung, vermieden werden. Die Minister forderten die Kommission auf, bis März 2020 einen langfristigen Aktionsplan zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften vorzulegen.

Der europäische Binnenmarkt ist für die österreichische Wirtschaft nach wie vor der größte Wachstumsmotor: Fast 70 Prozent der österreichischen Warenexporte gehen in die EU. Um das Potenzial des Binnenmarktes voll ausschöpfen zu können, müssen unnötige Barrieren konsequent abgebaut und Rahmenbedingungen unternehmensfreundlich gestaltet werden.

Ansprechpartnerin: Claudia Golser

Inhaltsverzeichnis

Neues aus anderen Bereichen

Small Business Standards Conference zeigt Beitrag von KMU und Normung für nachhaltiges Wachstum

Nachhaltigkeit ist für Europa und seine KMU zu einer der wichtigsten Prioritäten geworden. Die diesjährige Small Business Standards Conference am 22. Mai in Brüssel hat sich daher darauf konzentriert, wie KMU zu zwei der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDG, Sustainable Development Goals) beitragen können. Dabei hat sich die Konferenz auf SDG 11 - nachhaltige Städte und Gemeinden und SDG 12 - verantwortungsvoller Konsum und verantwortungsvolle Produktion konzentriert. Eingeladen wurden Experten verschiedener Bereiche, wie Bauwesen, Mobilität, Textilindustrie und Tourismus, welche alle eine umfassende Normungsexpertise aufwiesen und veranschaulichten, **wie Normen und europäische KMU daran arbeiten, zur nachhaltigen Entwicklung Europas beizutragen.**

„KMU müssen einen Beitrag leisten, damit die Einhaltung der SDGs der Vereinten Nationen gewährleistet werden können. Normung ist eines der Mittel dazu, indem sie beispielsweise saubere technologische Lösungen für alle zugänglich macht“, so Gunilla Almgren, Präsidentin von Small Business Standards, in ihrer Eröffnungsrede.



© Katja Schager

Im ersten Panel standen die Normen und KMU für nachhaltige Städte und Gemeinden im Vordergrund. KMU tragen zu grüner Innovation und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Städten bei und spielen daher eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung nachhaltiger Städte. Im zweiten Panel ging es um verantwortungsvollen Konsum und Produktion. KMU, von kleinen lokalen Bäckereien bis hin zu anspruchsvollen, schnelllebigen Start-ups, sind der Schlüssel zum Übergang zu nachhaltigeren Produktions- und Konsumpraktiken. Normung hat dabei große Auswirkungen, vor allem auf nationaler Ebene. Allerdings fehlt es bisher noch an den richtigen und geeigneten Normen, um wirklich eine große Veränderung zu schaffen. Die Bedeutung von Normen in der Kreislaufwirtschaft wurde besonders hervorgehoben. Beispielsweise soll versucht werden, Textilien so lange wie möglich weiter zu benutzen und auf nachhaltigere „reparaturfreundlichere“ Produkte gesetzt werden.

Die Veranstaltung präsentierte reale Fallstudien, die sowohl das realisierte Potenzial von KMU im Normungsprozess sowie Hindernisse aufzeigten. Die Normung wird zunehmend als Brücke zwischen Forschung, Innovation und Markt sowie als Mittel zur Erfassung und Verbreitung von Wissen angesehen und kann daher einen positiven Beitrag zu Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand leisten.

Ansprechpartnerin: Katja Schager

Inhaltsverzeichnis

EU-Büro der WKÖ in Brüssel sucht eine Assistentin / einen Assistenten

Sie arbeiten gerne in einem jungen, motivierten Team und suchen eine spannende Herausforderung? Das EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich in Brüssel sucht ab Mitte Juli 2019



eine Assistentin / einen Assistenten (Vollzeit).

Der abwechslungsreiche Aufgabenbereich umfasst allgemeine Sekretariatsaufgaben, die Organisation von Sitzungen, Veranstaltungen und Besuchsprogrammen, Dokumenten- und Datenmanagement, Aussendung unserer Newsletter, Terminkoordination und Reiseorganisation. Die Tätigkeit erfordert sehr hohe Kunden- und Serviceorientierung, Teamgeist, Organisationstalent, Verlässlichkeit und Genauigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Belastbarkeit, Flexibilität und ausgezeichnete Umgangsformen.

Wenn Sie eine höhere kaufmännische Schule (HAK, HBLA etc.) oder eine vergleichbare Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, über ausgezeichnete Deutschkenntnisse, sehr gute Englisch- und idealerweise Französischkenntnisse in Wort und Schrift verfügen, sehr gute PC-Anwenderkenntnisse (MS-Office, Datenmanagement) und Interesse an europäischen Themen mit Wirtschaftsbezug haben, bewerben Sie sich bei uns. Berufserfahrung ist von Vorteil.

Sie werden direkt vom Leiter des EU-Büros der WKÖ beschäftigt (Sur-Place Personal), es entsteht kein Dienstverhältnis mit der WKÖ.

Schriftliche Bewerbungen bitte bis 7. Juni 2019 an das EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich, Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel, oder **per E-Mail** senden. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

EuroCommerce sucht Head Digital and Consumer Policy

EuroCommerce, ein führender europäischer Wirtschaftsverband und die wichtigste Stimme für Einzel- und Großhandel in Brüssel, sucht:

Adviser/Head (m/f) Digital and Consumer Policy

mit Berufserfahrung in relevanter Position, vorzugsweise in Digital- oder Einzelhandelsunternehmen oder -verband. Praktische Erfahrung im Online-Handel und im Zahlungsverkehr sowie ein ausgeprägtes Interesse an politischen Angelegenheiten der EU sowie Verständnis für EU-Prozesse sind von Vorteil.

Bewerbungen sind bis zum 18. Juni 2019 per **E-Mail** möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

ECHA sucht Contract Agent - Project and Service Management Officer

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) sucht

Contract Agent - Project and Service Management Officer
Ref.: ECHA/CA/IV/2019/004

Bewerbungen sind bis zum 13. Juni 2019 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Schon gewusst?

Auch auf [wko.at](#) finden Sie regelmäßig topaktuelle Stellenangebote von EU-Institutionen und -Agenturen!

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungen

The looming talent challenge - how can automotive regions take the lead?

Die Automotive Intergroup des AdR befasst sich am **Donnerstag, den 27. Juni** mit den sich ändernden Bedürfnissen der Industrie am Arbeitsmarkt. Künstliche Intelligenz, Robotik, Automatisierung und Digitalisierung erfordern neue Fähigkeiten und andere Qualifikationen. Schon jetzt ist es schwierig, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit diesen Qualifikationen zu finden. Das gilt auch für die Autoindustrie und deren Zulieferer. Die steirische Landesrätin und Präsidentin der Automotive Intergroup **Barbara Eibinger-Miedl** lädt zu einer spannenden Diskussion ein. Weitere Informationen sowie Anmeldemöglichkeiten finden Sie [hier](#).



© Das Land Steiermark

Datum: Donnerstag, 27. Juni 2019, 08:00 Uhr

Ort: European Committee of the Regions, Room JDE 51

Ausgewählte laufende Konsultationen

Beschäftigung und Soziales

[Bewertung der Förderung der Jugendbeschäftigung durch die Jugendbeschäftigungsinitiative und den Europäischen Sozialfonds](#)
24. 05.2019 - 16.08.2019

Binnenmarkt

[Standardladegeräte für Mobiltelefone](#)
14.05.2019 - 06.08.2019

Energie

[Konsultation zur Liste der in Frage kommenden Projekte von gemeinsamem Interesse in der grenzüberschreitenden CO2-Transportinfrastruktur](#)
18.03.2019 - 09.06.2019

Gleichstellung der Geschlechter

Gleichstellung der Geschlechter in der EU
08.03.2019 - 31.05.2019

Handel

Bewertung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens CARIFORUM
17.04.2019 - 10.07.2019

Institutionelle Angelegenheiten

Halbzeitbewertung des Programms zur Unterstützung der Strukturreform 2017-2020
12.03.2019 - 04.06.2019

Transport

Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) - Bewertung
24.04.2019 - 17.07.2019

Digitale Werkzeuge für die Binnenschifffahrtsgesetzgebung
16.04.2019 - 09.07.2019

Verbraucher

Fernabsatz von Finanzdienstleistungen - Bewertung der EU-Vorschriften
09.04.2019 - 02.07.2019

Wettbewerb

Paket zur Modernisierung der staatlichen Beihilfen von 2012, Eisenbahnleitlinien und kurzfristige Ausfuhrkreditversicherungen - Eignungsprüfung
17.04.2019 - 10.07.2019

Inhaltsverzeichnis